

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Kommission für Wirtschaft
und Abgaben des Nationalrats
Herr Nationalrat
Ruedi Noser, Präsident
c/o Sekretariat der WAK
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Bern, 26. September 2014

**Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe";
direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) befasste sich am 26. September 2014 mit dem randvermerkten Gegenentwurf ihrer Kommission zur Volksinitiative gegen die Heiratsstrafe und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die FDK sprach sich am 31. Januar 2014 grossmehrheitlich für die Initiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe" aus. Die FDK-Delegation vertrat diese Haltung bei der Anhörung der WAK-N vom 24. Februar 2014. Die WAK-N will nun der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen mit dem Ziel, weder eine Ehedefinition in der Verfassung aufzunehmen, noch einen Variantenentscheid für die Wahl der Besteuerung (gemeinsame Veranlagung bzw. Individualbesteuerung) zu treffen. Die Mehrheit der Kommission schlägt folgende Fassung vor: "Die Ehe darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen."

Der Gegenentwurf bringt gegenüber der heutigen Situation überhaupt nichts Neues. Das Diskriminierungsverbot findet sich bereits in Art. 8 Abs. 2 BV, wonach unter anderem niemand diskriminiert werden darf... wegen der sozialen Stellung, der Lebensform... usw. Die vorgesehene Fassung des Gegenvorschlags ist also eine reine Leerformel. Die FDK hat sich zudem wiederholt grossmehrheitlich für die gemeinsame Veranlagung ausgesprochen, wie sie heute in den Kantonen und dem Bund vorherrschend ist. Offen bleiben kann, ob die Besteuerung über einen Doppeltarif, ein Splittingmodell oder einen Familienquotienten erfolgt. Mit solchen, in den Kantonen seit Jahren praktizierten Lösungen können auch Hindernisse zur Aktivierung des inländischen Arbeitspotenzials wirksam beseitigt werden. Ein für die Kantone kostspieliger Wechsel zur Individualbesteuerung zu diesem Zweck ist nicht nötig. Nachdem das Parlament sich wiederholt nicht auf eine Variantenwahl einigen konnte, ist der gordische Knoten nun mit einem Variantenentscheid von Volk und Ständen zu durchschlagen. Das wird mit der Initiative erreicht.

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7
T +41 31 320 16 30 / F +41 31 320 16 33 www.fdk-cdf.ch

140926 VI CVP Heiratsstrafe VI-WAK-N kurz_DEF_D.doc

Antrag: Ablehnung der Gegenentwürfe zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe".

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Peter Hegglin

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie

- Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin EFD
- Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Vorsteher WBF
- Mitglieder FDK (E-Mail)
- Mitglieder SSK (E-Mail)
- Sekretariat SODK (E-Mail)
- Sekretariat VDK (E-Mail)